



Corona-Infos 11.02.2021



Händler verlieren im Lockdown rund 700 Millionen Euro pro geschlossenem Verkaufstag

Corona-Gipfel: Politik versagt - keine Perspektive für den Handel

In den Beschlüssen des Corona-Gipfels (10. Februar 2021) sieht der Handelsverband Deutschland (HDE) einen klaren Wortbruch der Politik. Das Versprechen eines Konzeptes für eine sichere sowie faire Öffnungsstrategie und damit für einen transparenten Plan zum Wiederhochfahren der Wirtschaft wurde leichtfertig gebrochen. Viele Einzelhändler bringt das in eine ausweglose Lage. So gibt in einer aktuellen HDE-Umfrage mehr als die Hälfte der vom Lockdown betroffenen Einzelhändler an, ohne weitere staatliche Unterstützung das laufende Jahr nicht überstehen zu können. Deshalb fordert der HDE Anpassungen bei den Überbrückungshilfen.

„Die Corona-Beschlüsse werden der Realität im Einzelhandel nicht gerecht. Die Politik hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht und bleibt in dieser für uns alle dramatischen Situation den vor Wochen versprochenen Plans zum Ausstieg aus dem Lockdown schuldig“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Dieser Umgang mit den rund 200.000 vom Lockdown betroffenen Handelsunternehmen sei unangemessen und unverständlich. Die Branche habe mit ihren funktionierenden Hygienekonzepten nachweislich dafür gesorgt, dass der Einkauf auch in Pandemiezeiten sicher ist. Zudem sieht der HDE mit der neuen Festlegung der Inzidenzzahl von 35 für eine Wiedereröffnung der Geschäfte keine nachvollziehbare Basis. Der Handel fordert auch bereits bei höheren Zahlen abgestufte Verfahren, bei denen beispielsweise Öffnungen mit strengeren Hygienevorgaben oder auch der Einkauf mit vorheriger Terminvereinbarung möglich sein sollen. „Viele Händler wissen nicht mehr, wie es weitergehen soll. Die Situation ist oft aussichtslos: Keinerlei Planungssicherheit, kein Licht am Ende des Tunnels und nach wie vor unzureichende staatliche Unterstützung. Die Händler sind im Lockdown gefangen und die Politik nimmt dies in Kauf“, so Genth weiter.

Pro geschlossenem Verkaufstag verlieren die Einzelhändler Umsätze in Höhe von rund 700 Millionen Euro. Nach einer aktuellen HDE-Umfrage unter 1000 Unternehmen sieht sich dementsprechend mehr als jeder zweite vom Lockdown betroffene Händler ohne weitere staatliche Hilfen in Existenzgefahr. Der HDE fordert deshalb weiter die konsequente Anpassung der Überbrückungshilfen. „Für kleinere Händler muss die Möglichkeit zur Auszahlung eines Unternehmerlohns geschaffen werden, und auch größere Handelsunternehmen mit einem Jahresumsatz von über 750 Millionen Euro müssen die Unterstützung bekommen“, so Genth. Zudem müssten die Abschreibungsmöglichkeiten für die unverkäufliche Ware vereinfacht und auf die komplette Saisonware bezogen werden.

Fakt ist jedoch, dass Bund und Länder sich auf eine **Verlängerung des Shutdown bis 07. März** geeinigt haben - die Ministerpräsidenten setzten sich durch, denn das Kanzleramt hatte sogar eine Verlängerung bis zum 14. März favorisiert.